

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Stapelnummer 10 Pf. — Durch Aufträge oder durch die Post: monatlich 1,65 M.,  
vierteljährlich 4,95 M. frei ins Haus.

Postfachkonto, Nr. 23885  
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Nonpareilzeile ober deren Raum 1.— M.  
Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 0,80 M.  
Kleinanzeigen: Die 8spaltige Zeile, dreispaltig ober deren Raum, hinter Text 3.— M.

## „Die Sozialisierung ist da.“

### Ein Jahr ohne Sozialisierung.

W. K. Unter begeisterten Jubelausbrüchen faßte am 22. Dezember 1918 der 1. Rätekongress den stolzen Beschluß, daß alle dazu reifen Betriebe, insbesondere die Bergwerke unverzüglich sozialisiert werden sollen. Der alle Macht verkörpernde Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte hatte gesprochen. Das deutsche Proletariat horchte hoch auf, und mancher wiegte sich in dem törichtesten Glauben, daß es nun mit dem Sozialismus in Deutschland nicht mehr sein gehen könne.

Jetzt ist ein volles Jahr vergangen, aber gesehen ist nichts, was je nach Sozialismus aussehen könnte. Im Gegenteil, sowohl politisch wie wirtschaftlich ist uns der Sozialismus meiter entrückt, als in den gleichen Tagen des Vorjahres. Die Regierung hat, obwohl sie selbst erst von den Arbeiter- und Soldatenräten eingeseht worden war, die Durchführung des Rätekongressbeschlusses mit Feuer und Schwert unterdrückt. Die Vorkämpfer des Sozialismus wurden gemordet. Streikende, die für die Sozialisierung streikten, wurden mit Maschinengewehren, Handgranaten, Mienen- und Flammenwerfern niedergelämpt. Das Gesamtproletariat ist der kapitalistischen Ausbeutung wieder ausgeliefert!

An die Stelle der sozialistischen Klassendiktatur der Räte ist mit der Nationalversammlung das heuchlerische Sozialisierungsgerebe eingezogen. Immer wieder ist in Klatschen, Singblättern, Aufrufen und Regierungserklärungen ein Sozialisierungsversprechen nach dem anderen gegeben worden und gehalten wurde keines.

Die Sozialisierung der Bergwerke, die der Rätekongress als dringlich beschloß, ist von der wissenschaftlichen Sozialisierungskommission als „möglich und durchführbar“ erklärt, von der Regierung aber nie versucht worden.

Für die Kaliproduktion hat die Regierung selbst die Sozialisierung in Aussicht gestellt und für den Braunkohlebergbau kündigte sie sogar schon eine entsprechende Vorlage an, ohne das nach diesen Ankündigungen etwas geschehen ist.

Trotz der starken Kartellierung und Syndizierung der Schwerindustrie soll mit ihrer angeblichen Sozialisierung nur bei einem einzigen Hütten- und Walzwerk ein Anfang gemacht werden, die noch nicht einmal eine Verstaatlichung ist.

Die Sozialisierung der mächtigen Elektroindustrie und der Elektrizitätswirtschaft, die durch eine

organische Zusammenfassung aller Ueberlandskraftwerke längst vorbereitet sein konnte, ist nur bis zu einem teilweisen Monopolisierungs- und Verstaatlichungsversuch gekommen.

Für das teilweise schon staatliche Verkehrswesen (Eisenbahnen, Binnenschifffahrt und Kraftfahrzeuge) hat man zur Sozialisierung, die auch die Fabrikation der Betriebsmittel umfassen müßte, nicht die bescheidenste Maßnahme ergriffen.

Die Stickstoffindustrie, obwohl schon zum großen Teile in Reichsbesitz, ist keinerlei sozialistischem Einfluß unterworfen.

Die für die sozialistische Erfassung des ländlichen Grundbesitzes so außerordentlich bedeutsamen Hypothekendarlehen arbeiten unter der rechtssozialistischen Regierung noch unangefastet im Interesse der Stärkung des Privatbesitzes weiter, während sie längst Werkzeuge der Sozialisierung sein sollten.

Das vielberedete Reichsversicherungsmonopol, daß eine starke Einwirkung auf den Geldmarkt gehabt hätte, steht noch aus.

Das geforderte Monopol für das Anzeigen- und Werbewesen, ein beiderseitiges Mittel, zur Entkapitalisierung der Presse, wird nicht in Angriff genommen.

Die daneben für das kapitalistisch korumpierte Zeitungs- wesen von größter Bedeutung bleibende Zellstoff- und Druckpapierfabrikation läßt infolge der staatlichen Kontingentierung und der strengen Syndizierung längst sozialisiert sein können.

Statt die Häute- und Lederindustrie aus der bisherigen Zwangsbewirtschaftung in eine sozialisierte Wirtschaft zu überführen, hat man den offenen Rückschritt zur preistreibenden freien Wirtschaft zugelassen.

Der Frachttraummangel für die Ueberseeschifffahrt erforderte als Rettung gebieterisch die Uebernahme des Schiffbaues in planmäßige organisierte sozialistische Verwaltung, wofür garnichts geschehen ist, während man im Gegenteil den Werft- und Schiffsgewaltigen noch Milliarden-geschenke aus Reichsmitteln machte.

Fürzlich aufgedrängt hat sich die Sozialisierung der vertrusteten Zigarettenindustrie mit einem ergänzenden Tabakmonopol, das man jedoch ablehnte.

Auch das harmlose Kommunalisierungsgesetz der Sozialisierungskommission, die den Gemeinden Enteignungs- und Monopolrechte sichern wollte, kommt nicht. Selbst für die Kommunen will man diese Voraussetzungen der Sozialisierung nicht zulassen.

Die Organisierung des Außenhandels auf sozialistischer Grundlage hätte die durch den Valutarückgang ermöglichte Verschleuderung der deutschen Waren an das Ausland verhindert und uns den planmäßigen Einkauf der notwendigsten Rohprodukte ermöglicht.

Der beherrschende Einfluß des Bankkapitals, gegen das die ersten und schärfsten sozialistischen Maßnahmen erforderlich waren, ist noch ungebrochen. Diese fortbestehende Macht des Finanzkapitals muß gegen jeden Sozialisierungsversuch ausgeschlagen.

Keines der vielen aus Furcht vor der Arbeiterschaft gegebenen Sozialisierungsversprechen wurde eingelöst. Keine Möglichkeit wurde ausgenutzt. Aber die Arbeitermassen sind um eine ernste Lehre reicher.

Die Versprechungen der Sozialisierung bleiben unerfüllbar, solange es durch das Festhalten an der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie den besitzenden Klassen ermöglicht wird, ihre Vorherrschaft über das Proletariat aufrechtzuerhalten. Der durch die Regierungsozialisten erweckte Glaube, daß der Sozialismus auch durch eine parlamentarische Regierung verwirklicht werden könnte, wurde von ihnen selbst zerstört, indem keine der in ihrem Sinne liegenden Sozialisierungsmöglichkeiten irgendwo in Angriff genommen wurde. Die Rechtssozialisten gaben daher nicht nur ihre angeblichen Forderungen, sondern sogar ihre eigenen Beschlässe und Vorlagen völlig dem Druck der Kapitalisten preis. Die parlamentarische Diktatur des Reformsozialismus ist restlos enthüllt.

Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage, die wirkliche Sozialisierung kann nur erreicht werden, wenn das Proletariat sich selbst der Produktion bemächtigt, um die Produktivkräfte zu vermehren und ihre Leistungen zu steigern. Um den Widerstand der Bourgeoisie, deren Treiben uns die Gefahr der völligen Zerrüttung des Wirtschaftslebens gebracht hat, schnellstens zu brechen, muß die Diktatur des Proletariats die Enteignung der Produktionsmittel verwirklichen. Die gesamte Produktion und der Verkehr müssen einem einheitlichen sozialistischen Plane untergeordnet werden.

Diese Aufgaben der proletarischen Diktatur auf ökonomischem Gebiete können nur gelöst werden, wenn es dem revolutionären Proletariat gelingt, durch das Räteystem die zentrale sozialistische Regelung der Produktion und die Selbstverwaltung der Arbeitenden zu verwirklichen.

## 2. Öffentliche Volksversammlungen

am Dienstag, den 6. Januar 1920, abends 7 Uhr

in Hentschel's Festjalen (Deutscher Kaiser), Frankfurterstraße 117/119

und in Folgners Festjalen, Ofenerstraße 134/138.

Thema:

Der Zusammenbruch der Noskepartei und die Reaktion.

Ref. Genosse Ziegler und Genosse Gruschwitz.

Die Führer der Rechtssozialisten und der Reaktion werden ersucht zu erscheinen.

Unabhängige Partei: Der Ortsrat.



# Gericht in Ungarn.

Die folgenden Ausführungen eines Ungarn, der zu den geistig Hervorragenden seiner Nation gehört, werden bei allen menschlich Empfindenden Erschütterung und Entrüstung hervorrufen. Was in Ungarn im Namen des Christentums und unter Vorpiegelung eines Gerichtsverfahrens geschehen ist und geschieht, ist schrecklicher Mord und bestialische Verfehlung der Menschheit. Es ist Pflicht vor allem der sozialistischen Presse, die ungarische Schande bloßzustellen und die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt zur Abwehr aufzurufen.

Der weiße Terror in Ungarn ist in seine zweite Phase getreten.

Die Periode der ersten Wut, die Zeit, wo Arbeiter wie tolle Hunde auf den Straßen niedergeschlagen, wo Unschuldige aus „Versehen“ aufgehängt, wo Jugendliche von Pferden totgeschleift, wo Sowjetfunktionäre lebendig begraben worden sind, scheint — wenigstens vorläufig — vorbei zu sein. Jetzt handelt es sich um das „legale“ Morden der noch übriggebliebenen Elite der ungarischen Arbeiterschaft und ihrer geistigen Vorkämpfer. Jetzt genügt aber der einfache Mord nicht mehr; es muß auch noch die „Schuld“ der Betroffenen nachgewiesen werden. Dies ist weniger um deretwillen notwendig, die in die Hände der Weissen geraten sind; die Richter der heute herrschenden ungarischen „Demokratie“ sind sorgfältig genug ausgewählt, so daß man der erwünschten Todesurteile im voraus sicher sein kann. Aber ein Teil der Führer des ungarischen Proletariats ist nach Oesterreich geflüchtet und genießt dort das Asylrecht der politischen Flüchtlinge. Diese können nur dann in die Henkershände der Friedrich-Horthy-Bande geraten, wenn es nachgewiesen wird, daß sie an sogenannten gemeinen Verbrechen beteiligt gewesen sind. Der ganze Regierungsmaschine des Friedrich-Regimes arbeitet deshalb mit vermehrter Energie daran, solche gemeine Verbrechen um jeden Preis zu fabrizieren.

Anfangs schien die hierzu auserwählte Methode, Erpressung von Geständnissen durch Folterungen, glatt zu funktionieren. Den Foltern konnten die wenigsten der Gefangenen — unter denen es ja nicht bloß überzeugte und moralisch feste Proletarier gab — widerstehen. So entstanden Geständnisse en masse, und alles schien auf dem besten Wege zu sein.

Sie und da ist ihnen freilich ein kleines Malheur passiert. Die Gefangenen, die mit Gummiknüppeln geschlagen wurden, denen man Nägel unter die Fingerringe steckte, deren nackten Körper man mit brennenden Zigaretten bearbeitete (andere Mittel des ungarischen „Gerichtsverfahrens“ lassen sich nicht öffentlich beschreiben), gestanden alles. Leider kam es einmal vor, daß das bereits erpresste Geständnis doch hinfällig wurde, weil es attemäßig nachgewiesen war, daß der Betreffende, der seine Untaten gestand, zur selben Zeit gar nicht am Schauplatz seiner Verbrechen anwesend sein konnte, oder mit dem Täter gar nicht identisch war. So sind zwei Brüder Szanto nach ihrem Verhör „gestorben“ — und nachträglich hat es sich erwiesen, daß sie nur aus Versehen „eindrücklich“ verhört wurden, da sie mit dem Volksbeauftragten Szanto und seinem Bruder nur den Namen gemeinsam hatten. Ähnlich erging es einem, der das Unglück hat, Bettelheim zu heißen. Er wurde halbtot geschlagen, weil er seine Identität mit dem Agitator Bettelheim, der zur selben Zeit in Wien verhaftet wurde, zu bestreiten gewagt hat.

Noch unangenehmer wurden andere „Geständnisse“. Ein Mann, namens Dinsfeld, gestand, daß er 160 Morde begangen und alle Opfer in den Djen gesteckt und dort verbrannt hat. Dies war selbst für das Rachebedürfnis der Weissen zu viel. Der Mann, der infolge der erlittenen Torturen schwachhaftig geworden ist, mußte entlassen werden.

Doch dies hindert das „legale“ Gerichtsverfahren der Weissen nicht. Die Prozesse in Budapest nehmen ihren Gang und die armen, halb zu Tode gequälten „Engen“, die wissen, was ihnen im Falle der Aenderung ihres Geständnisses harret, verbleiben bei den unfrommen und unwahren Aussagen. Die Protokolle kommen dann nach Wien — und auf Grund solcher Dokumente soll die Auslieferung der Flüchtlinge erfolgen.

Aber die Wahrheit läßt sich doch niemals ganz verborgen. Man wollte um jeden Preis den Volksbeauftragten Bogary in die Ermordung Tizias verwickeln. Die „Juden“ führten zu dem sogenannten Eifer-Soldatenrat, der aus Offizieren besteht und noch vor dem Ausbruch der Oktoberrevolution gebildet wurde. Daß Bogary mit dieser Gruppe nichts zu tun hatte, daß vielmehr er es war, der am 3. November diesen Soldatenrat aufgelöst hat, für die Herren nicht im geringsten. Man fuhr mit der Erpressung der Aussagen fort. Nun aber geschah das Unglück. Die Aussage Hütners, die als so schwerwiegend angesehen wurde, daß man ihn deswegen in Wien bei Hauptmann Gernyat verhaften ließ, wies darauf, daß Herr Friedrich in die Sache jedenfalls als Mitwisser, wenn nicht als Täter, oder Aufwiegler verwickelt war.

Diese Aufzählung war selbst für die weiße ungarische Klassenjustiz zu hart. Man mußte Herrn Friedrich verhaften. Die Ergebnisse des Verhörs — obwohl hier kaum mit Gummiknüppel und Stacheldraht gearbeitet wurde — dürften nicht veröffentlicht werden. Gegen den Detektivchef, Dr. Karl Nagy und den Polizeirat Dr. Dornig wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Untersuchungsrichter Dr. Kovacs ist hingegen plötzlich erkrankt und hat tags darauf Selbstmord verübt. Hierzu ist kein Kommentar nötig, obwohl wir eine ganze Reihe solcher „Extremisierungen“ und „Selbstmorde“ aus der Zeit der Wiederherstellung der Ordnung und der „Demokratie“ in Ungarn kennen (z. B. Jozsef Szomogy, Philipp Engländer, Philipp Weiß u. a.)

Hierzu ist kein Kommentar nötig. Wohl aber mag es die europäische Öffentlichkeit und vor allem die Arbeiterklasse erfahren, mit wem sie zu tun haben, wenn sie den Namen ungarische Regierung hören. Niemand darf sich von den tendenziösen Berichten über den Rechtsstaat Ungarn

(besser Rechtsquelle die Folterwerkzeuge der Wahrgänger sind) kaufen lassen und meinen, daß irgendwas, daß aus dieser Quelle stammt, den Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben kann. Es handelt sich um die feige und infame Mache einer verlotterten Junkerelique an der Spitze der ungarischen Arbeiterschaft. Lüge und Fälschung, Folter und Todschlag sind die Mittel, durch die die Gerechtigkeit der ungarischen Weissen „Demokratie“ zustande kommt. Oesterreich hat bis jetzt die Verhaltung der Friedrichsleute richtig eingeschätzt. Die öffentliche Meinung des Weltproletariats soll aber der österreichischen Schwesterpartei durch ihr einstimmiges Urteil über diese Grenel einen moralischen Halt zum weiteren Widerstand geben.

Denn das, was jetzt in Budapest unter dem durchsichtigen Desamantel einer Gerichtskomödie vor sich geht, unterscheidet sich von dem früheren wilden Morden der weissen Banden nur dadurch, daß zu den physischen Schreckenstaten, zu den Morden und Folterungen noch Lüge und Fälschung hinzugefügt sind.

Und die Regierung des freiesten Landes der Welt schweigt dazu!

## Aus der Internationale.

### Enthüllungen der „Times“ über bolschewistische Propaganda in den Ländern des Islam.

England hat augenblicklich allen Grund, wegen außenpolitischen Schwierigkeiten nervös zu sein. Neben der irischen Frage machen die Vorgänge in Indien und Ägypten den britischen Staatsmännern große Sorge. Als ein Ventil für die innere Erregung begann die „Times“ in ihrer Nummer vom 22. Dezember eine Artikelserie über das politische Glaubensbekenntnis Lenins, mit der Absicht, „gutmeinenden, aber schlecht unterrichteten Personen“ die Augen über den Bolschewismus zu öffnen, „der augenblicklich eine größere Gefahr für den Osten, als für Europa“ bedeutet. Mit großen Schritten eilt dann auch der Artikelschreiber nach Aufklärung einiger, aus Lenins Buch „Gegen den Strom“ tendenziös herausgegriffener Stellen, die den Leser schwerlich besser unterrichtet machen werden — auf das ihm augenblicklich am Herzen liegende Problem der Aufwieglerbewegung im Islam zu, für die er den Bolschewismus verantwortlich macht. Gestützt auf den Bericht eines russischen Gewerksmannes, sind die Angaben, die er macht, sehr präzis. Es befindet sich in Indien, eine von der Abteilung „Ost“ des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten gegründete „Liga zur Befreiung des Islam“, — von der Sowjetregierung subventioniert mit einer Summe von 5 Millionen Rubel, — die die Aufgabe hat, den Islam gegen Europa aufzuheben. Ihr seien u. a. bereits die ägyptischen, türkischen, indischen und persischen Nationalisten beigetreten. Das Hauptquartier befindet sich in Moskau, das europäische Zentralkomitee in — Berlin. Von hier aus geht der Propagandahandel nach ganz Europa, Ägypten, der europäischen Türkei usw. — Bis nach Korea und China verläuft man von hieraus die Fäden zu spinnen. In Asien und Europa sei kein Friede möglich, bis dieses System, dessen Todfeind Demos ist, nicht erledigt sei, — also gelte es jetzt, das Werk des Wiederaufbaus von Rußland, für das u. a. Robert Cecil werbe, zu fördern. Und Sitwinoff den Rücken zu kehren — soll natürlich nur der gewisige Timesleser ergänzen.

Als ob das Problem nicht tiefer läge und der Bündnis nicht schon bereit liegen muß, ehe es zum — durch welchen Wind auch immer angefacht — Brand kommt. Das Beispiel Ägypten lehrt es deutlich genug. Zwei Elemente sind hier bei der ständig wachsenden Unzufriedenheit im Spiele; ein nationales und ein wirtschaftlich-soziales. Beide zeigt der Ägyptenspezialist Sir Valentine Chirolin der gleichen Nummer der „Times“, — freilich um etwas ganz anderes zu beweisen — am Wert: „Das Aufkommen des nationalen Gefühls ist die Frucht der eigenen Lehren Englands, zumal während des Krieges, wenn England auch nie an die Anwendung auf Ägypten dabei gedacht hat“, und vorher bei der Konstatierung, daß dem Ägypter jedes soziale Pflichtgefühl abgehe; „Die Haltung des Großgrundbesitzers den armen Fellachen gegenüber kann leicht zu einer gefährlichen Agrarbewegung führen“.

Das Auswirken weltgeschichtlicher Tendenzen auf Rechnung eines Komitees setzen zu wollen, könnte kindlich anmuten, wenn nicht klar zu Tage läge, daß damit wiederum ein Versuch gemacht werden soll, die öffentliche Meinung Englands gegen Sowjetrußland aufzubringen.

### Aufbau der Internationale.

Der Parteivorstand hat, um einen internationalen Zusammenschluß aller sozialrevolutionären Parteien anzubahnen, an die in Betracht kommenden Parteien aller Länder folgendes Schreiben gerichtet:

„Werte Genossen! Zwei Beschlüsse unseres außerordentlichen Parteitag, der vom 30. November bis zum 6. Dezember 1919 in Leipzig tagte, sind von besonderer Bedeutung nicht nur für die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland, sondern auch für die Arbeiterbewegung in allen Ländern, wo das Proletariat um seine Befreiung ringt.

Der Parteitag hat einstimmig ein neues Aktionsprogramm beschlossen, in dem für die Tätigkeit unserer Partei die Grundzüge des revolutionären marxistischen Sozialismus klar formuliert sind. Wir fügen einige Exzerptate unseres Aktionsprogrammes bei. Es ist daraus ersichtlich, daß die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands unerschütterlich an dem selbständigen proletarischen Klassenkampf festhält, daß sie die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse erstrebt und für die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Rätesystems eintritt. Unsere Partei hat erneut bekräftigt, daß sie auf dem Boden des Rätesystems steht und daß sie schon vor der Eroberung der politischen Macht alle Bestrebungen der

Räteorganisation unterstützt, sie als proletarische Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen.

Der zweite bedeutsame Beschluß des Parteitages war die Annahme der ebenfalls beigefügten Resolution zur Frage der Internationale. Diese Resolution wurde mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen. Damit hat unsere Partei sich endgültig von der zweiten Internationale losgesagt. Gleichzeitig hat der Parteitag das Zentralkomitee beauftragt, auf Grund des oben erwähnten Aktionsprogrammes mit der dritten Internationale und mit den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder in Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenschluß unserer Partei mit der dritten Internationale und den sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder herbeizuführen und so mit der dritten Internationale eine aktionsfähige Internationale zu ermöglichen.

Im Sinne des uns gewordenen Auftrages wenden wir uns hiermit an die dritte Internationale und an die sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder mit dem Vorschlag, etwa im Februar 1920 wenn möglich in Deutschland oder in Oesterreich eine vorbereitende Besprechung zu veranstalten, die sich mit der Frage der Internationale beschäftigen soll.

Wir gehen bei diesem Vorschlag von der Voraussetzung aus, daß die dritte Internationale und die sozialrevolutionären Parteien der anderen Länder mit uns dahin zu wirken entschlossen sind, daß sich das revolutionäre Proletariat aller Länder zu einer geschlossenen Front zusammenschließt, um der immer mehr erstarkenden internationalen kapitalistischen Reaktion wirksam entgegenzutreten und den Sozialismus zum Siege zu führen.

Wir bitten, unseren Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen und uns über die Aufnahme des Vorschlages so rasch wie möglich Mitteilung zu machen.“

Wie wir schon mitgeteilt haben, werden die französischen und schweizer Genossen unsere Aktion unterstützen.

### Zum Tode Skyrkows.

Auf Umwegen haben wir erst in dieser Zeit die betäubende Nachricht von dem Tode unseres bulgarischen Genossen G. Skyrkow erfahren. Näheres darüber, was den kaum fünfzigjährigen Mann, der sich einer kräftigen Konstitution und Gesundheit erfreute, so frühzeitig in den Tod gebracht hat, ist uns bisher nicht bekannt geworden. Skyrkow war einer der leitenden Köpfe, der sogenannten „engen“ Sozialisten in Bulgarien. Auch dort zerfiel schon vor dem Kriege die sozialistische Partei in zwei Richtungen, die Engen und die Weiten, oder, wie das fälschlich auch übersetzt wird, „Engherzige“ und „Weitherzige“. Die beiden gegensätzlichen Bezeichnungen stammen daher, daß die Engen sich auf der engeren Grundlage der Industriearbeiter organisierten, während die Weiten auch die Interessen der Kleinbürger und sonstiger nichtproletarischer Bevölkerungsschichten wahrzunehmen suchten. Naturgemäß entsprach in ihrer praktischen Betätigung die Politik der Engen der der radikaleren Richtung in anderen Ländern, während die Politik der Weiten mit der der Revisionisten zusammenfällt.

So ergab sich nach Kriegsausbruch naturgemäß auch eine gegensätzliche Stellung für die beiden bulgarischen sozialistischen Parteien. Die Weiten unterstützten die Regierungscoalition in der Kriegführung, von den Engen wurde sie bekämpft.

Als im Jahre 1915 auf Einladung der italienischen Genossen die internationale Konferenz der sozialistischen Kriegsgegner in Zimmerwald zusammentrat, waren auf dieser Konferenz unsere bulgarischen Freunde, die Engen, durch den Genossen Skyrkow vertreten. Bei dieser Gelegenheit lernte Schreiber dieses ihn persönlich kennen. Die Bekanntschaft wurde erneuert im Jahre 1917 in Stockholm auf der dritten Zimmerwalder Konferenz. Es entwickelten sich daraus nähere persönliche Beziehungen. Ich habe den Genossen Skyrkow, in dem eine sehr entschiedene Vertretung radikaler Anschauungen sich mit einem unermüdeten Humor und jovialer Freundlichkeit glücklich verband, auf das höchste schätzen gelernt. Umso tiefer beklage ich es, daß der Internationale Sozialismus jetzt auch noch diesen schweren Verlust hat erleiden müssen.

G. Ledebour.

## Wirtschaftliches.

### Scharfe Angriffe gegen die Reichswirtschaftspolitik.

Der mit sozialistischen Wirtschaftsforderungen sympathisierende Generaldirektor der Berliner Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Walter Rathenau, hielt auf deren letztem Generalversammlung einen sehr beachtenswerten Vortrag über die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands. Er machte darin Ausführungen über die offiziöse Wirtschaftspolitik, die auch wir zum großen Teile unterschreiben können. Rathenau vermißt völlig eine Berücksichtigung der anormalen Wirtschaftslage, die der Krieg hervorgerufen, in den Maßnahmen der Regierung. Die Folge davon sei der fast komplette Zusammenbruch des Wirtschaftslebens, in dem wir jetzt hinfänden. Der Krieg habe eine ungeheuerliche Gütervernichtung im Gefolge gehabt, desgleichen eine Ruinierung von Produktions- und Verkehrsmitteln sowie aller sonst sichtbaren Kapitalwerte. Die Bilanz der Güterverhältnisse sei dadurch zu einer negativen geworden: völlig entgegengesetzt der Lage vor dem Kriege.

Viele Jahrzehnte war die Produktion gezwungen, für ihre Güter Absatz zu schaffen. Die Produktion mußte dem Konsum nachlaufen. Gegenwärtig ist die Lage umgekehrt. Der Konsum muß auf Jahre hinaus der Produktion nachlaufen. Daraus erwächst für uns die Aufgabe, auf der einen Seite die Organisationsapparate zu vereinfachen und auf der andern Seite die Produktion zu typisieren und dafür zu sorgen, daß die Zerstückelung in unendliche Abflüsse der Typen und Ausführungen sich mindert.

Eine weitere Folge des Güter- und Produktionsmangels ist das dauernde Sinken des Geldwertes. Diese Situation war schon vor Jahresfrist voranzuschauen. Damals war der Augenblick gekommen, um Maßnahmen zu treffen.



Aber nichts dergleichen ist geschehen. Es herrschte der Ruf nach dem freien Handel. Diesem Rufe folgte die deutsche Regierung. Heute stehen wir unter der vollen Diktatur des freien Handels. Das Ergebnis ist die Verunsicherung der deutschen Waren ins Ausland.

Die zweite Aufgabe wäre die Verkehrsregulierung an unseren Grenzen; hier wurde nichts vorgenommen.

Diese scharfe Kritik Rathenau ist nur zu berechtigt. Und auch den Maßnahmen, die er zur Belebung der deutschen Wirtschaftslage vorschlägt, kann man zustimmen. Er fordert die schleunigste Konzentration, Vereinfachung und Berwissenschaftlichung des gesamten Produktionsprozesses und endlich die Ausschaltung aller überflüssigen Zwischenglieder im Handel.

Rathenau verlangt diese Neuerungen auf kapitalistischer Organisationsgrundlage der Produktion durchgeführt. Weil das Interesse der Kapitalisten am Stande der Produktion nur ein finanzielles für sie ist, das jeder einzelne individuell für sich am vorteilhaftesten auszunutzen trachtet, ohne auf volkswirtschaftliche Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen, werden seine Forderungen im gegenwärtigen Staate nicht erfüllt werden können: Sie bedeuten die Voraussetzungen der sozialistischen Gesellschaftsorganisation und lassen sich erst verwirklichen, wenn diese durchgeführt ist. Das ist natürlich nicht möglich auf dem Wege der Gesetzgebung im bürgerlichen Klassenstaate, als welcher auch die Republik Deutschland noch besteht, sondern nur vermittelt der Diktatur des Proletariats, das allein imstande ist, die Wirtschaftsordnung von volkswirtschaftlichen Allgemeininteressen leiten zu lassen. Die kapitalistische Ordnung kann in Deutschland nach der furchtbaren Verwüstung des Weltkrieges mit keiner Maßnahme mehr auf die Dauer restauriert werden!

### Die Leder- und Schuhpreise im Jahre 1919.

Der Jahresbericht des Vornamenler Schuhfabrikantenvereins enthält folgende Uebersicht über die Bewegung der Preise von Leder und Schuhen im Jahre 1919:

| Durchschnittspreis | Vorjahr | Chemnitz | Leipzig | Dresden | Vorjahr | Chemnitz | Vorjahr | Dresden |
|--------------------|---------|----------|---------|---------|---------|----------|---------|---------|
|                    |         | Damen    | Herren  | Damen   |         | Damen    | Herren  | Damen   |
| Januar             | 2,50    | 2,50     | 2,25    | 26,—    | 28,50   | 30,—     | 26,—    | 26,—    |
| Februar            | 3,—     | 3,—      | 2,70    | 30,—    | 30,50   | 32,50    | 30,—    | 30,—    |
| März               | 4,—     | 4,50     | 4,—     | 35,—    | 35,—    | 38,—     | 37,—    | 37,—    |
| April              | 3,—     | 5,—      | 4,50    | 39,—    | 40,—    | 44,—     | 43,—    | 43,—    |
| Mai                | 10,—    | 10,—     | 8,—     | 53,—    | 54,—    | 58,—     | 57,—    | 57,—    |
| Juni               | 11,—    | 11,—     | 8,50    | 57,—    | 58,—    | 62,—     | 61,—    | 61,—    |
| Juli               | 13,—    | 13,—     | 10,—    | 63,—    | 64,—    | 69,—     | 67,—    | 67,—    |
| August             | 15,—    | 15,—     | 12,—    | 69,—    | 70,—    | 73,—     | 71,—    | 71,—    |
| September          | 16,—    | 16,—     | 13,—    | 77,—    | 79,—    | 84,—     | 80,—    | 80,—    |
| Oktober            | 19,—    | 20,—     | 16,—    | 93,—    | 96,—    | 101,—    | 96,—    | 96,—    |
| November           | 23,—    | 24,—     | 16,50   | 115,—   | 120,—   | 125,—    | 116,—   | 116,—   |
| Dezember           | 31,—    | 35,—     | 22,—    | 130,—   | 134,—   | 145,—    | 130,—   | 130,—   |

Die Preise für Leder haben sich also im Verlaufe des Jahres 1919 um das zehnfache bis zwölffache erhöht, die der Schuhe um das vier- bis fünffache. Das sind die Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder.

### Das Steigen der Kohlenpreise.

Die letzte, am 1. Dezember in Kraft getretene Preiserhöhung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats, die auf 7,50 Mk. (mit Kohlensteuer 9 Mk., Rufs 13,50 Mk., Württens 11 Mk. usw.) festgesetzt wurde, steigert die Richtpreise auf ungefähr das Siebenfache der Friedenspreise. Sie berechnen sich jetzt nach einer Zusammenstellung der Kölnischen Zeitung wie folgt (ab April 1918 mit Kohlensteuer, ab Januar 1919 auch mit Umsatzsteuer):

|              | April 1918  | Januar 1919 | Oktober 1919  | Dez. 1919     |
|--------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Zeitkohlen   | 24,30-26,10 | 41,30-43,10 | 77,90-79,70   | 86,90-88,70   |
| Gastkohlen   | 26,10-28,20 | 43,10-45,20 | 79,70-81,80   | 88,70-90,80   |
| Wasserkohlen | 33,40-36,10 | 49,10-51,20 | 77,00-78,00   | 86,10-88,70   |
| Rufs         | 32,40-34,80 | 58,90-60,10 | 113,15-114,35 | 126,65-127,85 |
| Württens     | 25,70-30,50 | 43,95-48,75 | 93,95-98,75   | 104,95-109,70 |

Seit Januar 1919 sind die Kohlen- und Württenspreise um mehr als das Doppelte gestiegen. Jetzt sind bereits wieder neue Preiserhöhungen angekündigt. Damit vergleiche man das Steigen der Löhne!

### „Delikatessfülle“ in Sicht!

Folgende Anzeige steht in der „Leder- und Häute-Zeitung“ vom 11. Dezember 1919 (man beachte das Datum):

„Für grüne gefalzene Köpfe ohne Hörner von Kalb oder Hind zahle ich 1,75 und im getrockneten Zustande 2,75 und im gefalkten Zustande trocken 2 Mark pro Pfund und bitte um Zusendung auf mein Risiko. J. Heil, Hamburg, Al. Reichenstr. 10.“

Hei lewet noch! Verjagt nach wie vor das deutsche Volk mit seiner Sülze! Und verdient! Derselbe Kommerzienrat Heil, aus dessen Fabrik Matten- und Ragenkadaver zum Vorschein gekommen sind, der aber von der neudeutschen Gerechtigkeit trotz seiner unerhörten Schweinereien mit einer lächerlich geringen Geld- oder Haftstrafe entlassen wurde. Jetzt läßt er sich sogar gefalkte Fälle zuschicken, d. h. solche, die nicht mehr ganz „ohne“ sind. Alles darf geschickt werden, auf sein Risiko! Vergeblich fragt man sich: gibt es denn keine Lebensmittelämter, welche diesem ekelerregenden Treiben ein Ende setzen können?

### „Prima Streichwurst“ die nach Pferdemist riecht.

An zahlreiche sächsische Kommunal-Verwaltungen, z. B. Chemnitz, Rochlitz, Burgz. und an viele sächsische industrielle Unternehmungen machte die Firma Pieschel-Dresden (Inhaber: Robert und Walter Waldapfel) ein Angebot auf Lieferung von Fleischkonserven, wobei der Einzelhandel ausgeschaltet wurde. In den betreffenden Offerteschreiben bot sie Leberwurst als „prima Streichwurst“ an, ferner wurde Goulasch als gute, gesunde, handelsübliche Ware angeboten, obwohl sie diese Ware von den Firmen Kaiser-Hamburg, Appel-Eberfeld und Rabenberg-Warmen als Pferdesfleisch-Konserven (zum Preise von 5,60 und 11,75!) bezogen hatte. Überall, wo die „prima Konserven“ einkrafen, war man entsetzt vom Zustande der Ware. Man übergab sie dem Laboratorium des Dresdener Schlachthofes zur Untersuchung und dort wurde folgendes festgestellt:

1. Die Dose Goulasch wiegt 550 Gramm und enthält 225 Gramm wässrige Brühe und 220 Gramm gelochten, gefalzenen Knochenabzug mit viel morseligen und schmutzigen Bestandteilen,

und zwar nach dem gelben, bligen Fett, der fähen, feinen Muskelmasse und der leichten Zerlegbarkeit der Sehnen in Fibrillenbündel zu schließen, vom Pferd. Das Goulasch stellt eine minderwertige Ware dar, deren Preis von 6,50 Mk. für die 1/2-Kilodose etwa um die Hälfte zu hoch ist.

2. Die Dose Leberwurst wiegt 985 Gramm und enthält 855 Gramm einer trockenen, schwach nach Pferdemist riechenden Masse aus grob zerleinerten Sehnen, Magen, Därmen und Milzen mit einer geringen Beimengung von Muskelfleisch und flüssigem Fett. Dem gelben, bligen Fett, der derben Beschaffenheit der Milz, der dicken Muskelmasse an den Darmstücken und dem Geruch nach zu schließen, stammt das Ausgangsmaterial zu dieser Wurst vom Pferd. Die vorliegende Wurst ist eine ganz minderwertige Ware, deren Genuss gerade noch zugelassen werden kann. Der Preis von 12,50 Mk. für die 1-Kilodose ist etwa um die Hälfte zu hoch.

Das Urteil der Dresdener Schlachthofdirektion stellt also nicht nur einen schändlichen Wucher, sondern auch noch ekelste Nahrungsmittelfälschung fest. Und was geschieht mit den Betrügnern? Sie werden vom Amtsgericht Dresden zu —

### je 100 Mark Geldstrafe

verurteilt! Hunderttausende haben ihnen vielleicht ihre sauberen Geschäfte gebracht! Und hundert Mark Geldstrafe. Heißt das nicht eine Prämie auf solche Lebensmittel-schweinereien setzen.

### Aus der deutschen Republik.

#### Neue Verbrechen des Oberleutnants Hiller.

Als vor dem Kriege die Frau des französischen Ministers Caillaux den Redakteur Calmeide niederschloß, weil er gemein genug war, private Briefe an die Öffentlichkeit zu zerren und mit Schlafstübengeschichten den politischen Kampf zu führen, und als diese Frau dann von den Geschworenen freigesprochen wurde — da sahen alle professoralen Zeitartikler darin ein Zeichen für die moralische Degeneration des französischen Volkes. Ein solches Urteil könnte das Rechtsgefühl des deutschen Volkes nimmermehr ertragen.

Heute wird ein Oberleutnant Hiller von der feigen gemeinen unmenschlichen Mißhandlung und Tötung seiner Untergebenen freigesprochen und das deutsche Volk, d. h. die deutsche Bourgeoisie, widmet dieser ungeheuerlichen Tatsache kaum einige maitheilige Worte der Ablehnung! Das Urteil wird voraussichtlich bestätigt werden. Mit den Fällen, welche in der Verhandlung zur Sprache kamen, ist die Reihe der Verbrechen Hillers noch nicht erschöpft; erhielt die „Freiheit“ folgenden Brief des aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrten Unteroffiziers Willi Wenger:

„Ich rückte am 8. Mai 1915 als einjähriger Freiwilliger zur 12. Komp. Garde-Fuß-Regt. ins Feld. Das Regiment lag vor Struj in Galizien in Stellung. Der damalige Kompanieführer war der Oberleutnant Hiller. Er wurde mir sofort nach meiner Ankunft bei der Truppe als ein gewalttätiger Mensch geschildert, der nur seine Leute mit Reitpeitsche, Gebirgsstock und Gewehrkolben zu erziehen suchte. Bei dem kleinsten Vergehen gab es Ohrfeigen. Bald sollte ich diese Erziehungsmethode am eigenen Leibe erfahren. Es war in der Nacht vom 30. zum 31. Mai 1915, als ich diesen sauberen Herrn Oberleutnant Hiller näher kennen lernte. In der angegebenen Nacht wurde ich um 12 Uhr vom Horchposten abgelöst. Als ich zu meinem Gruppenführer, dem damaligen Unteroffizier Brenner, kam, schickte dieser mich nach der hinteren Stellung, um Holzpfähle zu holen, da in der Nacht der Drahtverhau vor unserer Stellung verstärkt werden sollte. Da es in der Nacht ziemlich kühl war, steckte ich die Hände in die Hosentaschen und ging nach hinten. Da brüllte mit einemmal jemand aus einer Ecke des Grabens: „Du verfluchter Laufesung, willst du die Knochen aus dem Wichtkasten (Hosentaschen) nehmen, ich schlage dir eine in die Fresse“. Ehe ich überhaupt wußte, was los war, stürzte Hiller auf mich drauf los, würgte mich am Halse, trat mich mit den Füßen zu Boden und ließ seine Reitpeitsche auf mich herniederfallen. Als er sich zum Gehen wandte, brüllte er noch: „Ich bestrafe dich Mißschwein mit 3 Tagen strengem Arrest“. Die Strafe wurde aber nicht vollstreckt, da am andern Morgen der Sturm auf Struj lösend.

Einige Tage vorher hatte ich mich in derselben Stellung bei dem Oberleutnant Hiller krank gemeldet, da ich annahm, daß ich Ruhr hatte. Mit folgenden Worten wurde ich empfangen: „Wer bist du, was willst du? Krank melden gibt es in meiner Kompagnie nicht. Ich werde dich Schwein und Driederberger lehren, was es heißt, hier bei uns sich krank zu melden. Sofort gehst du nach hinten und holst einen Sack mit Handgranaten (1 Zentnersack)“. Ich führte den Befehl aus und schleppte mich mit dem Sack auf allen Vieren kriechend mühsam nach der ersten Stellung zurück.

Auf dem Vormarsche zum Dnjepr herrschte eine unerträgliche Hitze. Infolgedessen brachen viele Leute auf dem Marsche zusammen. Wehe demjenigen, der nicht auf Vordermann ging oder ohne Befehl den Helm absetzte oder Kragen aufmachte, dem sauste die Reitpeitsche Hillers um die Ohren. So ging es mir und verschiedenen anderen Kameraden.

Von anderer Seite hörte ich: Im Frühjahr 1916 befand sich der Oberleutnant Hiller beim Ersatzbataillon Garde-Füsilier-Regiment und führte hier eine Kompagnie des Gr.-Batl. Mit dieser machte er einen Gewaltmarsch nach Bünsdorf und zurück nach Berlin. Auf dem Rückmarsche nach Berlin meldete sich ein älterer Mann bei Hiller krank. Ohne ihn anzuhören, jagte er ihn wieder in seine Reihe. Kurz vor Berlin meldete sich derselbe Mann noch einmal bei ihm mit den Worten: „Es geht wirklich nicht, Herr Oberleutnant“. Zum zweitenmal schickte er ihn zurück. Als die Kompagnie auf dem Kasernenhofe ankam, hieß es: „Kompagnie halt, Gewehr ab“ und in demselben Augenblick fiel der Mann, der sich bei Hiller während des Marsches krank gemeldet hatte, tot um.“

Für jede nicht vollkommen verrottete Justiz ist es eine Selbstverständlichkeit, daß diesen furchtbaren Beschuldigungen, für die der Angezogene voll einsteht, die schärfste Untersuchung und die Anklageerhebung folgen muß. Die heutige

deutsche Militär-„Justiz“ aber kann auf den Namen „Justiz“ keinen Anspruch mehr erheben.

Der Fall Hiller hat weit über das Inland hinaus die Gemüter empört. Die holländische Presse berichtet ausführlich über den Prozeß. Ist es verwunderlich, wenn die Entente kein Zutrauen zur deutschen „Rechtspflege“ hat und selbst die Sühnung der Kriegsverbrechen vornehmen will? Die Urteile französischer Gerichte werden dem Rechte noch immer mehr Genüge tun, als es die durch und durch verrottete deutsche Militärjustiz läte. Und das Proletariat wird mit tiefer Genugtuung diese Sühne für die Kriegsverbrechen begrüßen.

### Aus der Kloake.

#### Zum Fall Noske—Strauß.

Die „P. P. A.“ veröffentlicht folgendes Demando Noskes:

1. Es sind keinerlei Beweise für die Unterstellung vorhanden, daß die Flucht des Leutnants a. D. Vogel durch amtliche Organe oder durch im Dienst befindliche Offiziere, Beamte oder Mannschaften bewerkstelligt, gefördert oder unterstützt worden ist.
2. Nach der Flucht Vogels hat auf Anordnung des Reichswehrministers sofort eine diesbezügliche Untersuchung stattgefunden. Die Erhebungen haben einen Verdacht in dieser Richtung weder zeitigt noch bestätigt.
3. Die Behauptung, daß die Personen, welche Vogel zur Flucht verholfen haben, der Regierung bekannt sind, ist unzutreffend.

Die Schamlosigkeit Noskes ist bodenlos. Und einem Menschen, der eine so offenbare zynische Verhöhnung von Recht und Wahrheit auf dem Gewissen hat, wie dieses Demanti, hat die rechtssozialistische Partei abermals ein Vertrauensvotum gegeben.

Wir fragen Herrn Noske, ob ihm vielleicht auch entgangen ist, daß die Flucht des Oberleutnants Marloh durch „amtliche Organe“ und durch „im Dienst befindliche Offiziere und Beamte“ „bewerkstelligt, gefördert und unterstützt worden ist.“

Insbepondere fragen wir ihn, ob er ein Verfahren gegen den Geheimrat Strauß einzuleiten gedenkt, von dem es gerichtsnotorisch feststeht, daß er den falschen Paß Marlohs unterschrieben hat. Sollte Herr Strauß dem Gesichtskreis Noskes entschwinden sein, so raten wir Noske, sich mit Herrn Girsch, preussischem Ministerpräsidenten, in Verbindung zu setzen. Dieser Herr ist ein intimer Freund des Herrn Strauß und besucht ihn häufig in seiner Wohnung im Esplanade-Hotel. Herr Strauß ist Großverkäufer von Heeresgut und betreibt damit umfangreiche „Exporte und Importe“, d. h. Schiebergeschäfte. Herr Strauß scheint Lust zu verspüren, Klarzens Nachfolgerchaft anzutreten.

Wir hätten volles Vertrauen in eine „diesbezügliche Untersuchung“ Noskes. Sie würde unzweifelhaft dem Ehrenmann Strauß rehabilitieren, wie sie den Ehrenmann von Kessel rehabilitiert hat.

### Neue Klarz-Standale.

Zimmer neue Details der Klarz-Affäre, zu deren Klärung die Abhängigen einen eigenen Untersuchungsausschuß eingesetzt haben, beweisen die unerhörte Leichtfertigkeit, mit der von Regierungsstellen Reichsgelder verschleudert und dem Schiebottum Vorschub geleistet wurden. Zu den bisherigen Veröffentlichungen über die Geschäfte von Klarz-Parvus wird inzwischen noch ein anderer Fall bekannt, der die Gewährung von Einfuhrscheinen an Georg Klarz betrifft. Dieser hatte bei dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr einen Einfuhrschein für die Einfuhr von 50 Millionen Mark Textilwaren aus der Schweiz nach Polen durch Deutschland beantragt. Der Reichskommissar weigerte sich, da er vermutete, daß die Textilwaren in Deutschland verschoben werden würden. Der damalige Reichswirtschaftsminister Wiffel interpellierte zugunsten des Klarz, indem er erklärte, Klarz habe sich so große Verdienste um die Revolution erworben, daß man ihm aus Dankbarkeit diesen Schein bewilligen solle. Auch Scheidemann soll sich in gleichem Sinne für Klarz eingesetzt haben. Interessant ist, daß auch Klarz' Schwiegermutter solche Einfuhrscheine besaß, auf Grund deren alle möglichen Waren ein- und ausgeführt werden konnten.

Rudolf Wiffel schreibt dem „Vorwärts“ zu dieser Affäre, daß allerdings das Wirtschaftsministerium befragt worden sei, da mit der Bewilligung des Einfuhrscheines „ein außerpolitisches Interesse“ nach der Angabe des Unterstaatssekretärs Töpfer vom Auswärtigen Amte verknüpft gewesen sei. Der Einfuhrschein sei bewilligt worden, doch habe er mit der „Durchführung der Bewilligung“ nichts zu tun gehabt.

Herr Wiffel muß also in seiner Erklärung den Skandal im wesentlichen bestätigen.

### Scheidemanns Klarstellung.

Herr Philipp Scheidemann hat sich endlich durch die eidesstattliche Behauptung des Sonnenfeld sen., mit seiner Billigung sei eine Prämie auf die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt worden, veranlaßt gesehen, ein Strafverfahren zu beantragen. Aber nicht etwa gegen sich, sondern gegen Sonnenfeld sen. Herr Philipp Scheidemann stellt nun im „Vorwärts“ fest, daß in dieser Angelegenheit fünf Prozesse schweben:

1. Haben Noske und er gegen einen Berliner Redakteur Klage angehängt.
2. Hat er Strafantrag gegen Sonnenfeld sen. gestellt.
3. Schwebt das Strafverfahren gegen die beiden Sonnenfeld.
4. Eine Klage von Klarz gegen die B.S.-Korrespondenz.
5. Ein Ermittlungsverfahren gegen Klarz.

Herr Scheidemann meint, es unterliege keinem Zweifel, daß in diesen fünf Prozessen hinreichend Gelegenheit gegeben werde, alle Beschuldigungen gründlich zu prüfen.



Wir befürchten, daß diese Gelegenheit sich nicht bieten wird. Gegen die beiden Sonnenfeld ist ein Strafverfahren noch nur deshalb eingeleitet worden, um zu ermitteln, ob etwas Strafbares begangen haben. Von einem Verfahren gegen die B.S.-Korrespondenz ist bisher überhaupt nichts bekannt geworden. Bei Elarz soll wiederum nur ermittelt werden, ob er etwas Strafbares begangen hat. Der Namen des Redakteurs nennt Herr Scheidemann nicht, und die fünfte Klage gegen Sonnenfeld sen. richtet sich gegen einen, der von Scheidemann und vom „Vorwärts“ als unzurechnungsfähig erachtet worden ist.

Es ist also anzunehmen, daß die fünf Strafverfahren, von dem famosen Untersuchungsausschuß der Partei ganz abgesehen, nur dazu dienen werden, Nebenfächliches zu behandeln und die Hauptsache zu verschleiern. Die Hauptfrage aber lautet:

**Auf Grund welchen gesetzlichen Rechtes und welcher politischen Erwägung hat Herr Scheidemann seinem Freunde Elarz, dessen Spitzel- und Schieberfähigkeit er doch kannte, die diversen Vollmachten erteilt, auf Grund deren er ungezählte Millionen einäscheln konnte?**

Kann Herr Scheidemann auf diese Frage keine befriedigende Antwort geben — und das kann er nicht — so ist er ein für allemal erledigt für eine Partei, die auf politische Sauberkeit hält.

## Gewerkschaftliches.

**Die Eisenbahner erkennen die jetzige Tarifregelung nicht an.**

Frankfurt a. M., 2. Jan. Eine am Mittwoch abgehaltene hier beschlossene Versammlung der Vertrauensmänner der Eisenbahnbetriebswerkstätten und der Eisenbahnarbeiter nahm Stellung zu den Tarifverhandlungen. Sie sprach dem Vorstande des

Deutschen Eisenbahnerverbandes wegen widerspruchsvoller und unentschiedener Haltung bei diesen Verhandlungen ein hartes Mißtrauen aus. Gefordert wurde die unverzügliche Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Mit der vorläufigen Regelung der Tariflohnfrage ab 1. Januar 1920 erklärten sich die Vertrauensleute nicht einverstanden, da diese Höhe der gegenwärtigen Lage ganz und gar nicht entsprächen. Das mindeste, was gewährt werden müsse, seien die Sätze, welche der Tarifvertragsentwurf vorgegeben habe. Bei der jetzigen Bewegung könne von politischen Motiven nicht die Rede sein, vielmehr seien es nur wirtschaftliche Ursachen. Ein Streik sei augenblicklich ungewinnlich und nicht zu empfehlen. Die Eisenbahner seien aber entschlossen, auch zum letzten Mittel zu greifen, falls die Regierung bezw. Verwaltung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt in der Frage der Lohnherabsetzungen beharre.

Ebenso kam auf einer auf Veranlassung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner einberufenen, aus ganz Rheinland und Westfalen außerordentlich stark besuchten Eisenbahner-Konferenz in Essen, die Stellung nahm zu den großen wirtschaftlichen Fragen der Eisenbahner, zu den bisherigen Ergebnissen der schwebenden Tarifverhandlungen und zu der für die nächste Zukunft zu erwartenden weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage, die starke Erregung der Eisenbahner zum Ausdruck. Es wurden ferner eingehende Maßnahmen gegen das unablässig um sich greifende Schieberwesen gefordert; und vor allen Dingen beleuchteten die Delegierten aus den Städten des besetzten Gebietes an der Hand zahlreicher drastischer Beispiele, daß das Schieberwesen dort nachgerade Auswüchse zeitigt, die jeder Beschränkung spotten.

**Die Einberufung der preussischen Landesversammlung beantragt.**

Abermals droht durch das Unverständnis, das Regierungskreisen berechtigten Arbeiterforderungen entgegenbringen, ein großer Wirtschaftskampf der Eisenbahner und damit durch die Stilllegung der Bahnen eine Katastrophe von unübersehbarer Tragweite für die gesamte Volkswirtschaft. Die Eisenbahner stehen seit

einiger Zeit in Tarifverhandlungen mit der preussischen Eisenbahnverwaltung, die ihren Forderungen kühnen Widerstand entgegensetzt. In einzelnen Orten Deutschlands ist es deshalb schon zu kurzen Demonstrationstreiks der Eisenbahner gekommen, die fest auf ihren Forderungen beharren. Da die preussische Landesversammlung nicht tagt, ist die Möglichkeit zur Aufklärung der Öffentlichkeit sehr beschränkt. Unsere Fraktion in der preussischen Landesversammlung verlangte deshalb mit folgendem Schreiben ihre Einberufung.

Berlin, den 2. Januar 1920.  
An den Herrn Präsidenten der Verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung.

„Die Tarifberatungen zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Vertretern der Eisenbahn-Organisationen drohen ins Stocken zu geraten und zu scheitern, weil die Eisenbahnverwaltung die Verhandlungen verschleppt und den Forderungen der Eisenbahner hartnäckigen Widerstand entgegensetzt. In Magdeburg ist es bereits zu einem 24stündigen Eisenbahnerstreik gekommen. — Bei dieser Sachlage ist es Aufgabe der preussischen Landesversammlung einzugreifen und die Regierung zu zwingen, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen. Wir beantragen daher, die sofortige Zusammenberufung der Verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung.“

Für die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten.  
Adolf Hoffmann. Kurt Rosenfeld.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer; für die Zentrale Fritz Ubrich.  
Druck: Buchdruckerei Böhm & Dautel, sämtlich in Breslau.

Stets Neues und Verblüffendes zu bringen ist von jeher der Ehrgeiz nicht nur der Kinodramaturgen. Der seit Freitag im D.-K., Friedrich-Wilhelm-Strasse, über die Leinwand rollende Film, betitelt: „Der Kampf um den Sieg im goldenen See“. Das erste Abenteuer Ray-Hoogs mit den „Spinnen“ gibt erneut Zeugnis davon.

### Stadt-Theater.

Dienstag nachm. 3 Uhr:  
Der Kirchenpeter.  
Abends 7 Uhr:  
Othello.  
Mittwoch 7 Uhr:  
Madame Butterfly.

Lobe-Theater.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Judith.

Thalia-Theater.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die selige Erzelienz.

Schauspielhaus.  
Bühnenbühne. Tel. Ring 2545  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die Falschungsfee.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Eine Waise.

Jugend-Theater  
Täglich 4 1/2 Uhr:  
Schneewittchen.

Viktoria-Theater  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Die Geisha  
Samstag 3 1/2 Uhr:  
Nachm.-Vorstellung

Lieblich-Theater  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Hildegarde  
mit neuen Tänzen  
Paul Jülich  
Hinodes  
Original Japaner-Truppe  
Hans Beets  
und Partner  
und das grosse Januar-Programm.

Beltgarten.  
Täglich 7 1/2 Uhr abds.:

Der neue  
Riesenspielplan!

== Sonntags ==  
2 Vorstellungen.

**40**  
Logenhaus  
Lichtspiele  
Kleintheater

Ab Dienstag, den 6. Januar  
b. Donnerstag, d. 8. Januar  
Die große Tragödie  
**Ria Witt**  
in dem  
spannenden Filmchauspiel

**Irrlichter**

4 lange Akte.  
Dazu

**Um  
des Lebens  
Glück  
betrogen**  
Drama in  
3 hochdramatischen  
Akten mit  
Berit Weixler.

**Breslauer  
Trichter**  
in d. unteren Räumen  
des Beltgartens  
Kleinfunkbühne  
und Sallhaus.  
Neuer Spielplan.

**Sofort Geld**  
den Selbstbes. auf Möbel, Krieger-  
anleihe u. sonst. Sach. u. Gegenstände.  
H. d. P. Placka, Böttcherstr. 25, I  
Dag Hypothekbank, ohne Verzinsung

**Altes Rezept,  
Sint,  
Blei, Messing,  
Zinn**  
zählt höchsten Preis  
**Otto,** Sobienstraße  
Nr. 8  
Breslauer Ring 1908.

Vorzeichnungen für Stickerien  
ausgef. bei Frau E. Heibing,  
Reliefstraße 15 II. Etg.

**Matthias  
Kino**  
38 Matthiasstr. 38  
Straßenbahnverbind.  
Linie 2, 7, 8  
Dienstag — Donnerstag  
Das größte  
Detektivabenteuer:  
**Die Rache der  
Gräfin Bernetti**  
mit  
**Harry Tiel**  
dem schärfsten Detektiv  
ferner  
**Albert Paulig**  
der Urkomische  
in dem humorvollen  
Lustspiel  
Nachbekanntschaffen  
3 Akte.

**— Jede Frau —**  
bes. Einführung über meinen  
mehrere 8 mal patentierten  
**idealen  
Frauenschuß H**  
30 Pf. Kälberaugen belegen.  
Seidenschuß  
**Frau C Heibing**  
Breslau 10, Kohlenstr. 13

**Uhren** kauft oder repariert  
Feix, Paradiesstr. 6

**Achtung!  
Wo?**  
kann man sein u. gar nicht im Kino  
sein ganz einfach zu  
erkennen und verteilbarsten?  
Bei **H. Kluge,**  
Neumarkt 12, u. r. I. Etg.

**Herren-  
Wörter**  
105 Wt.  
Gräbischer Str. 27.  
Gde. Hallesche Str.

**Nähmaschinen**  
aller Systeme  
kauft u. repariert  
Ersatzteile u. u. u.  
**Paul Wieners**  
Gräbischer Straße 45

**Edwin-  
Lichtspiele**  
Lichtspiele  
Lichtspiele  
Lichtspiele

**Strindbergs**  
dramatisches Meisterwerk

**Rausch**  
mit  
**Asta Nielsen**  
Ein Hochgenuss für  
Kino Freunde!  
Ein Wendepunkt für  
Kino Feinde!  
Anfang 4, 5, 6, 7, 8, 9  
Sonntag 3 Uhr.

Keine  
erhöhten Eintrittspreise.

**ZEPTEKINO**

Dienstag bis Donnerstag  
3 Filmsensationen

**Detektiv Fred Horst**  
**Die Dame  
mit der Spinne**  
300 Szenen  
Karyström, Ziebold u. Marion als  
**Der japanische  
Emil**  
und als: Der

**Juwelenmaxe**  
Ausserdem  
**Thea Sandten**  
**Tänzerin Adina**  
Der Roman ein. schmählich  
Betrogenen — 300 Szenen.  
Ausserdem — Trickfilm  
**Jacko der Affe**  
Ab Freitag: Der Prunkfilm  
Der Töchter des Selten Mahanari.

**Militär- und  
Zivil-Garderobe**  
u. gewand. gewand. gereinigt, an-  
geklebt u. gebügelt. Berlin, 31. I. 20.

**U.S.P. Ortsgruppe  
Reichenbach**  
Sonntag, d. 11. I. nachm. 2 Uhr,  
findet im Schwarzen Bär eine  
ausserordentliche  
**Mitglieder-Versammlung**  
statt. Vollzähliges Erscheinen  
unbedingt erforderlich.  
Mitgliedsbücher mitbringen.

**Häute und Felle**  
jeder Art kaufen zu höchsten Tagespreisen  
**Gutsche & Co.**  
Breslau 1, Ursulinerstraße 19/20  
Fernsprecher Ohle 6295. — Gde. Stockgasse.

**Bismarckheringe • Rollmöpse**  
8 Pfd. 30.— M.      8 Pfd. 33.— M.  
**Marinierte Heringe**  
8 Pfd. M. 26.—  
**Salz-Heringe**  
kl. norweg. Fettheringe mit Milch  
und Roggen, 50—60 Pfd. M. 110.—  
alles rein netto Fischgew. inkl. Faß  
ab Dresden bzw. Breslau p. Nachn. o. Ver-  
einsend. d. Betrag. Postscheck 4296, Breslau

**Altonaer Fischhalle**  
Breslau, Herrenstr. 3-4 • Dresden A, Scheffelstr. 16  
Telefon: Amt Ring 7071      Telefon: 11908

**Communistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)**  
Ortsgruppe Breslau

Donnerstag den 8. Januar, abends 7 Uhr  
findet im „Ballhof“, Schießwederplatz eine  
**Mitglieder-Versammlung**  
statt. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines  
jeden Mitgliedes. Sehr wichtige Tagesordnung. Mitgliedskarte  
mitbringen. Der Vorstand.

**Reichsbund d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer  
und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Breslau.**  
Mittwoch, den 7. Januar 1920, abends 7 Uhr, findet im großen  
Saale der „Neuen Börse“, Graupenstrasse, eine  
**Mitglieder-Versammlung**  
statt. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte oder  
des Aufnahmescheines.  
**Die Geschäftsleitung,** Gartenstr. 5, Zimmer 77.

**Parteigenossen!**  
Zeichnet Anteilscheine  
für Eure Presse!